

**Die Erbringung öffentlicher und sozialer Dienstleistungen
zwischen Kommunen, Staat, Privatem und Drittem Sektor
- im Wandel und Sog der Leitbilder und Reformschübe**

Hellmut Wollmann

1. Einleitung

1.1 Fragestellung, konzeptioneller und definitorischer Rahmen

Dieser Beitrag handelt von den institutionellen Veränderungen, die die Erbringung öffentlicher und sozialer Dienstleistungen im zeitlichen Wandel der Organisation von Staat, Verwaltung und Wirtschaft und der auf diesen einwirkenden „Leitbilder“ durchgemessen hat. Unter Leitbildern werden (in Anlehnung an Jann 2002, S. 279ff.) die den staats- und institutionenpolitischen Diskurs jeweils bestimmenden Vorstellungen und „herrschenden Meinungen“ zum Verhältnis von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft verstanden.

Indem der Aufsatz darauf zielt, die institutionellen Entwicklungslinien und deren Leitbilder im historischen Verlauf (*over time*) nachzuzeichnen, werden vier Phasen unterschieden (zur Konzipierung von Phasen vgl. auch. Millward 2005, Clifton u.a. 2011, S. 660, Seckelmann 2008, S. 270ff., Röber 2009, Wollmann/Marcou 2010 (b), Wollmann 2013, 2014):

- Ausgangsphase im 19. Jahrhundert: Vorrang kommunaler Aktivitäten („Munizipalsozialismus“),
- Phase (bis Mitte der 1970er Jahre): Dominanz des Öffentlichen Sektors im (nationalen) Sozial- und Interventionsstaat,
- Phase (ab 1980er Jahre): („neo-liberale“) Reduktion des Öffentlichen Sektors und Vordringen des Privaten (und Dritten) Sektors,
- Phase (seit den 1990er Jahren) mögliches („post-neo-liberales“?) Comeback des Öffentlichen (insbesondere kommunalen) Sektors.

Als Untersuchungsfelder werden im Folgenden zum einen die *öffentlichen* Dienstleistungen ausgewählt, die in Deutschland als Daseinsvorsorge, in Großbritannien als *public utilities* und in Frankreich als *services publics* und in der Terminologie der Europäischen Union (EU) als „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ bezeichnet werden (vgl. Wollmann 2013, S. 242). Sie umfassen in Sonderheit die sogenannten *infrastrukturellen* Dienstleistungen, also Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Energieversorgung und öffentlichen Nahverkehr.

Zum andern sollen die *sozialen* Dienstleistungen im Fokus stehen, die in der Jugend-, Behinderten-, Alter usw. Hilfe erbracht werden.

Aufgrund ihrer unterschiedlichen Aufgaben-, Organisations- und Akteursprofile, die diesen beiden Dienstleistungssektoren eigentümlich sind, lässt ihre Analyse aufschlussreiche vergleichende Aussagen über ihre relevanten institutionellen Veränderungen erwarten.

Im Folgenden sollen aus dem Bereich der *öffentlichen* (infrastrukturellen) Dienstleistungen die *Energie-, Wasserversorgung* sowie *Abfallbeseitigung* und aus dem der *sozialen* Dienstleistungen exemplarisch die *Altenhilfe/-pflege* ausgewählt und erörtert werden.

Die *Auswahl* der hier diskutierten Länder (Großbritannien/UK, Deutschland, Frankreich und Schweden) beruht auf der—auch andere vergleichende Abhandlungen leitenden (vgl. Hesse/Sharpe 1991, Heinelt/Hlepas 2006, Wollmann 2008, S. 19f.)—Überlegung, dass diese aufgrund ihrer historischen Entwicklung und Staatsformation unterschiedliche Typen von Ländern oder Länderfamilien (etwa *Anglo, Franco, Scandinavian/middle-European group*) repräsentieren und—als, methodisch gesprochen, ansatzweise „most dissimilar cases“— die analytisch leistungsfähige Vergleiche versprechen (vgl. Wollmann 2008, S. 21).

1.2. Analyse- und Erklärungsrahmen

Um die Institutionenbildung und -veränderung (*institution building, institutional choice*) zu erklären (*What shapes institutions?*) wird ein Analyserahmen zugrunde gelegt, der vom sog. Neuen Institutionalismus (*new institutionalism*) angeregt ist (vgl. Peters 1999, Wollmann 2008, S. 17, Kuhlmann/Wollmann 2013 m.w.N.). In dieser Diskussion werden vielfach vier Varianten unterschieden.

- Der *akteurszentrierte Institutionalismus* (vgl. Scharpf 2000) (ähnlich *rational choice* Institutionalismus) stellt vorrangig auf die Akteure ab, deren Interessen, politische Handlungsabsichten, Machterhaltungskalküle und *will and skill* als maßgebliche Bestimmungsgründe für Institutionenbildung und -wandel (vgl. Kuhlmann/Wollmann 2013, S. 52ff.). Für die Bestimmungsmacht von Akteuren bietet die radikale neo-liberale Politikwende in Großbritannien nach 1979 ein eindrucksvolles Beispiel.
- Der *historische Institutionalismus* hebt auf die Bestimmungsstärke historisch gewachsener Strukturen und Traditionen (*legacies*) ab, die als „Pfadabhängigkeit“

(*path-dependence*, vgl. etwa Pierson 2004) die Wegmarkierung und Richtung künftiger Institutionenentwicklung abstecken (vgl. Kuhlmann/Wollmann 2013, S. 54ff.).

- Der *soziologische Institutionalismus* begreift Institutionen in erster Linie als soziokulturell konstituierte und in Werte eingebettete Strukturen, kraft derer der institutionenpolitische Gestaltungsspielraum der Akteure durch die Vorgabe dessen begrenzt wird, was als kulturell-normativ akzeptabel und angemessen („*appropriate*“) gilt (zur *logic of appropriateness*, vgl. March/Olsen 1989, vgl. auch Kuhlmann/Wollmann 2013, S. 56f.).
- Der *diskursive Institutionalismus* (vgl. V. Schmidt 2008, 2000) hebt den Einfluss hervor, den (Reform-) Konzepte und –ideen auf Institutionenbildung dadurch ausüben können, dass sie, von entsprechenden Diskurskoalitionen (vgl. Wittrock/Wagner/Wollmann 1991) getragen, in den relevanten (nationalen und internationalen) Diskursarenen die Meinungsführerschaft erringen und den konzeptionellen und mentalen Handlungsrahmen (*frame*, vgl. Rein/Schön 1993) der relevanten Akteure (und Entscheider) prägen (vgl. Kuhlmann/Wollmann 2013, S. 59). Der (unlängst national wie international dominierende) *New Public Management*-Diskurs gibt hierfür ein eindringliches Beispiel.

1.3. Leitfrage: Konvergenz oder Divergenz der institutionellen Entwicklung?

Die folgende Diskussion wird von der Frage angeleitet, ob (und warum) die institutionelle Entwicklung übereinstimmend (konvergent) oder abweichend (divergent) - sei es (*cross country*) zwischen den Ländern oder (innerhalb der einzelnen Länder - *cross policy*) zwischen den Dienstleistungssektoren und gegebenenfalls ihren Teilsektoren – verlaufen ist.

2. Historische Ausgangsphase: Vorrang kommunaler Aufgaben

Infrastrukturelle öffentliche Leistungen

In *Großbritannien*, wo die kapitalistische Entwicklung und die von ihr ausgelöste Industrialisierung und Verstädterung früher als in anderen europäischen Ländern einsetzte, sahen sich die rasch wachsenden Städte vor die Aufgabe gestellt, infrastrukturelle

Voraussetzungen (Wasser, Abwasser, Abfall, Energie usw.) für die Versorgung der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft zu schaffen. Diese städtischen Aktivitäten, für die die Stadt Birmingham exemplarisch war, wurden von den sozialreformerischen Vorstellungen der *Fabians* unterstützt und zeitgenössisch (seitens der „Manchester-Liberalen“ kritisch-spöttisch) als *municipal socialism* bezeichnet (vgl. Kühl 2001).

Auch in *Deutschland*, wo sich die Industrialisierung und Verstädterung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts rasant entwickelten, übernahmen die rasch expandierenden Städte frühzeitig die Erbringung infrastruktureller Dienstleistungen (vgl. von Saldern 1999, S. 30ff.). Schon frühzeitig spielten die (als *Stadtwerke* bezeichneten) kommunalen Unternehmen, die mehrere Dienstleistungen (multi-funktional) bündelten, eine Schlüsselrolle (vgl. Ambrosius 2012). Das kommunale Engagement wurde vom sozialreformerischen Diskurs der im *Verein für Socialpolitik* versammelten *Kathedersozialisten* begleitet. Auch in Deutschland wurde (teilweise ironisch-polemisch) von *Munizipal-Sozialismus* (vgl. Lindemann 1910, Seckelmann 2008, S. 275 FN 53 m.w.N.) gesprochen.

Desgleichen waren in *Schweden*, das bis in das frühe 20. Jahrhundert ein weitgehend bäuerlich-rurales Land war, die Kommunen für (elementare) infrastrukturellen Aufgaben zuständig.

Zwar waren auch in *Frankreich*, das ebenfalls erst im frühen 20. Jahrhundert von Industrialisierung und Verstädterung ergriffen wurde, die Kommunen grundsätzlich für (elementare) infrastrukturelle Dienste verantwortlich, gingen sie jedoch im 19. Jahrhundert frühzeitig dazu über, die Wasserversorgung im Wege von Konzessionen externen (privatwirtschaftlichen) Unternehmen zu übertragen (*gestion déléguée*). Diese „funktionale Privatisierung“ (oder, wie auch gesagt wurde, „*French style privatization*“ (vgl. Finger /Allouche 2002, Citroni 2010, S. 208) hat sich als („pfadabhängig“) dauerhafte kommunale Verwaltungspraxis etabliert (vgl. Citroni 2010, S. 206ff., Wollmann 2013, S. 252) und hat sich als Startrampe für den Aufstieg der drei großen privatwirtschaftlichen Unternehmensgruppen (*grands groupes*, Veolia, Suez, SAUR) erwiesen (vgl. Bordonneau u.a. 2010, S. 134, Kuhlmann 2009, S. 155).

Soziale Dienste

An die Armenpflege der mittelalterlichen Städte anknüpfend, wurden in *England* 1834 gesetzlich die lokalen *Boards of the Guardians* eingeführt, die, aus lokalen Steuern finanziert, die Aufgabe hatten, für arme Alte, Behinderte, Waisen usw. zu sorgen, und die 1929 in die *local authorities (counties bzw. boroughs)* integriert wurden (vgl. Wollmann 2008, S. 122). Für soziale Dienstleistungen, insbesondere die Altenpflege, wurden neben den *local authorities* gemeinnützige Organisationen (*charitables*) tätig (vgl. Bönker/Hill/Marzanati 2010, S. 99).

In *Frankreich* erklärte die *Assemblée Nationale* 1790 im Kontext der Französischen Revolution (in einem bemerkenswerten Vorgriff auf moderne Sozialstaatlichkeit) die öffentliche Unterstützung der bedürftigen Bürger zur „heiligen Pflicht der Gesellschaft“. Indem (mit antiklerikaler Stoßrichtung) die katholische Kirche und (mit radikaldemokratischer Emphase) gesellschaftlich-bürgerliche Vereinigungen von sozialpolitischen Aktivitäten ausgeschlossen wurden (vgl. Archambault 1996, S. 16ff., Wollmann 2008, S. 135 m.w.N.), wurde für die sozialen Dienste eine vorrangige Zuständigkeit der Kommunen fixiert, die bis in das 20. Jahrhundert („pfadabhängig“) bestimmend blieb.

Auch in *Schweden* war die Erbringung sozialer Dienstleistungen seit Einführung der modernen kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 1862 den Kommunen zugewiesen (vgl. Wollmann 2008, S. 129).

In *Deutschland*, wo die Altenpflege historisch ebenfalls in die Armenpflege der mittelalterlichen Städte zurückreicht, entwickelte sich auf der Basis der Preußischen Städteordnung von 1808 eine „duale“ Aufgabenverteilung (das sog. Eberfelder System), wonach einerseits die (ehrenamtlichen) Armenpfleger der Kommunen und andererseits karitative kirchliche und bürgerliche Kräfte tätig wurden. Im weiteren Verlauf wurde der (in der katholischen Soziallehre verankerte und durch einen Kompromiss zwischen katholischer Kirche und preußischem Staat anerkannte) Grundsatz der Subsidiarität für den Vorrang der (gemeinnützigen) gesellschaftlichen, vor allem kirchlichen Organisationen in der Leistungserbringung („pfadabhängig“) bestimmend (vgl. Wollmann 2008, S. 141, Bönker/Hill/Marzanati 2010, S. 103, Bönker/Libbe/Wollmann 2014).

3.2. Phase des Sozial- und Interventionsstaats (Welfare State)

Die Entwicklung des modernen nationalen Wohlfahrtsstaats, der in den frühen 1970er Jahren seine stärkste Ausprägung fand, war vom Leitbild und der politischen Grundidee geprägt, dass der Staat die vorrangige Aufgabe habe, zur Sicherung vom Wachstum der Wirtschaft und Wohlstand einer breiten Bevölkerung steuernd in die sozio-ökonomische Entwicklung einzugreifen (vgl. Jann 2002, S. 288ff.). Zugleich wurzelte dieses Leitbild in der Überzeugung, dass der Öffentliche (staatliche wie kommunale) Sektor und sein Personal am besten geeignet seien, die expandierten infrastrukturellen und sozialen Leistungen und deren wohlfahrtsstaatlichen Ziele zu verwirklichen.

Ein hervorragendes Beispiel für diesen wohlfahrtsstaatlichen Interventionismus gab in *Großbritannien* die Labour-Regierung, die nach 1945 (mit ihrer quasi-sozialistischen Handschrift) einen umfassenden Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen, einschließlich der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, vorantrieb (vgl. Schröter 2001, S. 419) und damit mit der „staatsabstinenten“ (*state-less*, Dyson 1980, vgl. Wollmann 2000, S. 14f.) Tradition des Landes brach. *Frankreich* verschrieb sich nach 1945—unter einem politisch eher konservativem gaullistischen Banner und in Fortführung seiner etatistischen Staatstradition—einer von staatlichen *dirigisme* geleiteten Modernisierungspolitik. Ungeachtet dessen, dass sich in der Nachkriegs-*Bundesrepublik* die bürgerlich-konservative Bundesregierung jedweder Verstaatlichung enthielt (und im Gegenteil die Privatisierung von staatlichen Unternehmen, z.B. Volkswagen) (vgl. Kuhlmann/Wollmann 2013: 179ff.), wurde auch hier unter dem Leitbild einer „sozialen (sic!) Marktwirtschaft“ der organisatorische und personelle Ausbau des Sozialstaats verfolgt, der Ende der 1960er Jahre – mit dem (sozialdemokratisch inspirierten) Leitbild eines „aktiven Staates“ (vgl. Jann 2002, S. 287f.) - einen Höhepunkt erlebte. In *Schweden* war die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung von dem seit den mittleren 1930er Jahren unter sozialdemokratischer Führerschaft konzipierten „Schwedischen Modell“ gekennzeichnet.

Energiesektor

In *Großbritannien* schritt die Labour-Regierung 1946 dazu die Stromwirtschaft zu verstaatlichen, indem die bisherigen kommunalen Energiebetriebe in öffentliche, staatlich

kontrollierte Unternehmen überführt wurden. Den Kommunen (*local authorities*) blieben lediglich marginale Zuständigkeiten in der Fernheizung (*district heating*).

Auch in *Frankreich* wurde der Energiemarkt in Verfolgung der staatlichem *dirigisme* verschriebenen Modernisierungspolitik dadurch verstaatlicht, dass die bestehenden privatwirtschaftlichen Energieunternehmen in zwei staatliche Gesellschaften (*Electricité de France*, EdF, und *Gaz de France*, GdF) überführt wurden. Nur eine geringe Zahl kommunaler Betriebe (insbesondere Wasserkraftwerke) wurden von der Verstaatlichung ausgenommen (vgl. Allemand 2007, S. 31).

Im Gegensatz zu Großbritannien und auch Frankreich enthielt sich in der *Bundesrepublik* – die nach 1949 regierende bürgerlich-konservative Bundesregierung jedwedes dirigistischen oder gar verstaatlichenden Eingriffs in den Energiesektor. So blieb der überkommene Unternehmensdualismus im Energiesektor erhalten, in dem einerseits die regional operierenden börsennotierte Energieunternehmen (mit einer überwiegend privatwirtschaftlichen Eigentümer- und Aktionärsstruktur) marktbeherrschend waren und sich andererseits die kommunalen Stadtwerke in lokalen Märkten durchaus behaupteten (vgl. Wollmann 2014a, S. 54 m.w.N.).

Auch in *Schweden* war der *Stromsektor* durch einen Unternehmensdualismus gekennzeichnet, in dem die Hälfte der Stromversorgung auf drei große Unternehmen entfiel - nämlich den 1909 gegründeten staatlichen Energieriesen *Vattenfall*, die zur Hälfte in finnischem Staatseigentum befindliche Energiegesellschaft *Fortum* sowie das deutsche Unternehmen *E.on*. Die andere Hälfte des Strommarktes teilten sich 120 kommunale Betriebe (vgl. Montin 2014).

Wassersektor

In *Großbritannien* folgte 1973—unter der Ägide der Labour-Regierung—die Verstaatlichung des Wassersektors, indem die Vielzahl kleiner kommunaler Wasserbetriebe in 10 (staatlich kontrollierte) *Regional Water Authorities* eingebracht („ent-kommunalisiert“) wurden (vgl. Wollmann 2014a, S. 52 m.w.N.).

Die *französischen* Kommunen setzten im Wassersektor ihre im 19. Jahrhundert begonnene Praxis der *gestion déléguée* (French style privatization“,vgl. Finger /Allouche 2002) fort, die Wasserversorgung weitgehend den drei privatwirtschaftlichen Unternehmensgruppen (Veolia, Suez, SAUR) zu übertragen (vgl. Bordonneau et al. 2010, S. 134, Citroni 2010, S. 208).

In *Deutschland* blieb die Wasserversorgung praktisch vollständig in den Händen der Kommunen, sei es in eigener Regie (*in house*) oder (in der Regel) über ihre Stadtwerke.

Auch in *Schweden* wurde die *Wasserversorgung* durchweg von Kommunen und ihren Wasserwerken betrieben—in der Organisationsform eines auf Landesebene gebildeten kommunalen Zweckverbandes (*Svenskt Vatten*) (vgl. Montin 2014).

Abfallbeseitigung

Abfallbeseitigung wurde bis in die 1960er Jahre in erster Linie als eine Aufgabe der Kommunen gesehen, die in der Regel sowohl für Müllabfuhr als auch für Entsorgung des Mülls in Deponien zuständig waren (vgl. Dreyfus et al. 2010: 146 ff.), in Frankreich schon frühzeitig durch vertragliche Übertragung an private Unternehmen (vgl. Kuhlmann 2009: 155). Im Sog des seit den 1960er Jahren gestiegenen Umweltbewusstseins und insbesondere angesichts der auf die von den Deponien ausgehenden Boden- und Grundwasserkontaminierung wurden im Laufe der 1970er Jahre nationale Gesetze verabschiedet (etwa in Deutschland das Abfallgesetz von 1972), in denen die Abfallbeseitigung als verbindliche Aufgabe der Kommunen und sonstige Rahmenbedingungen (etwa qualitative Anforderungen an die Deponien) fixiert wurden. Darüber hinaus wurde 1975 die Europäische Kommission durch Erlass der *Waste Directive* abfallpolitisch initiativ, in der sie als Ziele „the protection of human health and the environment“ und das in der Folgezeit bestimmende Konzept einer „Abfallhierarchie“ (waste hierarchy) (also jener abgestuften Prioritätenabfolge von „prevention, recycling and processing of waste, the extraction of raw materials and possibly of energy therefrom“) festlegte (vgl. Dreyfus et al. 2010: 146).

Soziale Dienstleistungen

Nachdem in *Großbritannien* an der Erbringung soziale Dienstleistungen, insbesondere der Altenpflege, traditionell neben den *local authorities* auch gemeinnützige Träger (*non-profit charitables*) beteiligt waren, gewannen nach 1945—im Zuge des von der Labour Regierung forcierten Ausbaues des Welfare State—die kommunalen Personal- und Verwaltungsstrukturen den Vorrang, der nicht zuletzt von der Überzeugung und Maxime getragen war, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen am besten unmittelbar durch staatliches/kommunales Personal zu erfüllen seien (*self-sufficiency*, vgl. Stewart 2000, S. 51). „Social services for the elderly emerged as the largest of the activities of local authority social services departments“ (Bönker/Hill/Marzanati 2010, S. 100). Die kommunalen Sozialverwaltungen expandierten zu „*municipal empires*“ (Norton 1994, S. 378) mit einem öffentlich-munizipalen Aufgabenmonopol, das, in eklatanter Abkehr von der „staatsabstinenten“ (*stateless*) Tradition des Landes, in dieser Phase hier ausgeprägter war als irgendwo sonst in Europa (und wenig später von der neo-liberalen Kritik entsprechend attackiert wurde).

Auch in *Schweden* blieben die Kommunen im Zuge des seit den 1930er Jahren unter sozialdemokratischer Führung verfolgten Auf- und Ausbaues des Schwedischen Sozialstaats für die sozialen Dienstleistungen, insbesondere die Altenpflege, operativ und finanziell zuständig. Aufgrund eines „versteckten Sozialvertrags“ (*hidden contract*) (Wijström 2000, S. 163), der Mitte der 1930er Jahren zwischen den regierenden Sozialdemokraten und den kirchlichen und gesellschaftlichen Verbänden geschlossen worden war (Wollmann 2008, S. 129), übernahm der öffentliche, d.h. der kommunale Sektor praktisch ausschließlich die Aufgabe der sozialen Dienste, während die gesellschaftlichen Organisationen auf andere gesellschaftlich-politische Aufgaben verwiesen wurden. Dieser Primat des kommunalen Sektors blieb bis in die 1980er Jahre bestimmend. Der Vorrang der Wahrnehmung durch die Kommunen wurde in den 1970er Jahren weiter durch die Professionalisierung der Sozialarbeiter unterstrichen und verstärkt, die darin ihren Ausdruck fand, dass (einzigartig in Europa) deren Ausbildung den Universitäten zugewiesen wurde (vgl. Wollmann 2008, S. 121 m.w.N.).

Während in *Frankreich* die Erbringung sozialer Dienstleistungen, einschließlich der Altenpflege, traditionell bei den Kommunen lag, wurde diese Zuständigkeit im Zuge der Dezentralisierung von 1982 von den Kommunen auf die *départments* (als staatliche

Verwaltungsstruktur) übertragen (vgl. Wollmann 2008, S. 136), mithin—in bemerkenswertem Widerspruch zur generellen Dezentralisierungslogik—ent-kommunalisiert, „verstaatlicht“ und gewissermaßen re-zentralisiert. Gleichzeitig wurde der (weiter vorn erwähnte) auf die die Französische Revolution zurückgehende Ausschluss kirchlicher und gesellschaftlicher Kräfte von der Erbringung sozialer Dienstleistungen dadurch aufgeweicht, dass die Mitwirkung der gemeinnützigen (*à but non lucratif*) Organisationen (*associations*) nunmehr zugelassen (vgl. Archambault 1996, S. 203, Wollmann 2008, S. 139 m.w.N., Kuhlmann 2009, S. 156).

Im Gegensatz zu der kommunalen (in Großbritannien und Schweden) bzw. zunächst kommunalen dann staatlichen (in Frankreich) Zuständigkeit für soziale Dienste war in *Deutschland* das im 19. Jahrhundert begründete Prinzip der *Subsidiarität* („pfadabhängig“) bestimmend, wonach die Erbringung sozialer Dienstleistungen vorrangig Sache der gemeinnützigen sog. Freien Träger, insbesondere der vier großen Verbände und ihrer lokalen Organisationen (*Caritas*, *Diakonie*, *Rotes Kreuz* und *Paritätischer Verband*) sei. Allerdings blieben die Kommunen dadurch einbezogen, dass sie die Wohlfahrtsverbände—durch Sozialhilfemittel oder freiwillige Zuwendungen—finanziell unterstützten und sich („korporatistische“) Kooperationsbeziehungen zwischen den kommunalen Sozialämtern und den Wohlfahrtsverbänden ausprägten (vgl. Heinze/Strünck 2000, Wollmann 2008, S. 143). Die sich hierbei ausformende Oligopolisierung und Bürokratisierung der Wohlfahrtsverbände wurde zunehmend kritisiert.

4. „Neo-liberaler“ Rückbau des Öffentlichen Sektors und Expansion des privaten (und „dritten“) Sektors

Seit den späten 1970er Jahren ist die konzeptionelle, politische und institutionelle Dominanz des Öffentlichen (staatlichen wie kommunalen) Sektors in der Erbringung der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen vor allem durch zwei Politikschübe und Diskursstränge und das sie tragende „neo-liberale“ Leitbild erschüttert und verdrängt worden (vgl. Jann 2002, S. 289 ff.).

Zum einen kam ein entscheidender Anstoß vom neo-liberalen Politikwechsel, der 1979 in Großbritannien von der Konservativen Regierung unter *Margaret Thatcher* eingeleitet wurde. Dieser radikale Strategiewechsel wurde im wissenschaftlichen Diskurs durch „ökonomistische Ansätze der *Public Choice*-Theorie und, durchaus widersprüchlich, des

betriebswirtschaftlichen Managerialismus (Kontraktmanagement, Out-put-Steuerung, Dezentralisierung, Outsourcing, Privatisierung)“ (Jann 2002, S. 290) gespeist. Von OECD and anderen einflussreichen internationalen Organisationen aufgegriffen und unterstützt, gewann der neo-liberale und „manageriale“ Modernisierungsdiskurs rasch die Meinungsführerschaft im nationalen und internationalen Kontext.

Zum andern wurde die Entwicklung von der Europäischen Union angetrieben, die darauf zielte, einen (EU-weiten) „gemeinsamen Markt (*single market*) für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personal“ europaweit herzustellen und zu diesem Zweck insbesondere im Dienstleistungssektor (der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“) die bestehenden lokalen Märkte und Anbietermonopole durch Ausschreibungs- und Vergabevorschriften sowie sektorspezifische Marktliberalisierung und Deregulierung—insbesondere mit dem Instrument der (von den Mitgliedsstaaten in nationale Gesetzgebung und Politik umzusetzenden) Richtlinien (*directives*)—aufzubrechen (vgl. Bieling/Deckwirth 2008, S. 19ff.).

Energiesektor

In *Großbritannien* beschloss 1989 die Konservative Regierung unter *Margaret Thatcher*, den (1946 von der Labour-Regierung verstaatlichten) Energiesektor vollständig zu privatisieren. Aus den zunächst 14 regionalen privatwirtschaftlichen Unternehmen gingen durch Fusionen letztlich fünf Energieunternehmen hervor. Durch Erwerb von Aktienminderheitspositionen drangen auch ausländische Energieunternehmen, insbesondere die französische EdF, die spanische Iberdrola und die deutschen Unternehmen RWE und E.on, in den britischen Markt ein (Drews 2008, S. 51). Die Kommunen blieben weiterhin auf eher marginale Aufgaben wie Fernwärme beschränkt (vgl. Wollmann/Baldersheim u.a. 2010, S. 175).

Im Kielwasser des neo-liberalen Vorbilds Großbritanniens ging die Europäische Union seit den späten 1990er Jahren daran, ihre Marktliberalisierungspolitik im Energiesektor durch den Erlass von Richtlinien (1996 und 2003)¹ durchzusetzen.

In *Deutschland* hatte das Energiewirtschaftsgesetz von 1998, das in Reaktion auf die EU-Richtlinie von 1996 erlassen wurde, zunächst den Effekt, die Marktmacht der „Vier Großen“

¹ EU-Richtlinie 96/92 und Richtlinie 2003/54

(privatwirtschaftlichen) Energiegesellschaften (RWE, E.on, EnBW und Vattenfall) auszudehnen, während der Marktanteil der Stadtwerke schrumpfte und von einem „Stadtwerkesterben“ die Rede war. (vgl. Wollmann/Baldersheim u.a. 2010, S. 177).

In *Frankreich* wurde der staatliche Energieriese (und Monopolist) *Electricité de France* (EdF) zwar 2004 in eine börsennotierte Aktiengesellschaft umgewandelt („formal privatisiert“), jedoch befinden sich weiterhin 80 Prozent der Aktien in staatlicher Hand (vgl. Beckmann 2008, S. 140). In Verfolgung ihrer protektionistischen Industriepolitik legt es die französische Regierung offenkundig darauf an, die Stellung der EdF als „*national champion*“ im nationalen und darüber hinaus internationalen Markt zu erhalten und zu festigen.

In *Schweden* blieb auf dem Strommarkt das bisherige Nebeneinander der drei großen Energiegesellschaften (*Vattenfall*, *Fortum* und *E.on*) und der kommunalen Energiegesellschaften weitgehend unverändert bestehen.

Wassersektor

In England und *Wales* beschloss 1989 die konservative Regierung unter *Margaret Thatcher* 1989 auch im Wassersektor, der unter der Labour-Regierung 1973 verstaatlicht worden war, die vollständige Privatisierung an privatwirtschaftliche Investoren (für Details vgl. Drews 2008, S. 52ff., Wollmann 2014a, S. 57 m.w.N.), während die Wasserwirtschaft in Schottland und Nordirland in öffentlicher Trägerschaft blieb.

In *Frankreich* setzten die Kommunen im Laufe der 1980er Jahre ihre („pfadabhängige“) Praxis der (auch als „*French style privatization*“ bezeichneten) Vergabe (*gestion déléguée*) der örtlichen Wasserversorgung an die drei großen marktbeherrschenden privatwirtschaftlichen Unternehmen der *grands groupes* (*Veolia*, *Suez*, *SAUR*) verstärkt fort. So beschlossen in den Städten Grenoble und Paris, die ihre Wasserversorgung bislang noch selber (*en régie*) betrieben hatten, 1987 bzw. 1989 neu gewählte konservative Mehrheiten und Bürgermeister, die Wasserversorgung an Unternehmen der *grands groupes* zu übertragen (vgl. Hall/Lobina 2000, Wollmann 2014a, S. 56).

In *Deutschland* überwog zwar nach wie vor die lokale Wasserversorgung durch die Kommunen und ihre Stadtwerke selber. Jedoch drangen auch hier privatwirtschaftliche

Wasserbetriebe, insbesondere Branchenriesen wie *Veolia*, *Suez*, *RWE* und *E.on* vermehrt vor, indem sie (Minderheits-) Aktionäre in Stadtwerken wurden oder auch, wie 2002 im Falle von Stuttgart, die Wasserwerke vollständig übernahmen (vgl. Wollmann 2013, S. 254).

In *Schweden* gab es in der traditionell von den Kommunen betriebenen lokalen Wasserversorgung keine Veränderungen.

Abfallbeseitigung

In *Großbritannien* blieben die Kommunen für die Entsorgung des Siedlungsmülls verantwortlich, haben indessen sowohl für die Müllabfuhr (*waste collection*) als auch Abfallverwertung (*waste management*) weitgehend private Unternehmen vertraglich eingeschaltet. Kommunale Unternehmen sind kaum involviert (vgl. Dreyfus et al. 2010, S. 160f.).

Auch in *Frankreich* ist Müllentsorgung traditionell eine kommunale Aufgabe, jedoch wird diese weitgehend privaten Unternehmen vertraglich übertragen, insbesondere den großen Wasserkonzernen (*Veolia-Environnement* und *Suez*), die den Kommunen als *multi utility* - Unternehmen typischerweise zugleich Leistungen der Abfallentsorgung anbieten (vgl. Kuhlmann 2009, S. 155 m.w. N.). Nur rund 20 Prozent der Müllaufbereitungsbetriebe werden von den Kommunen selbst (*en régie*) betrieben (vgl. Dreyfus et al. 2010, S. 150f.).

In *Deutschland* ist der Tätigkeitsradius der Kommunen im Abfallsektor durch mehrere bundesgesetzliche Regelungen bestimmt worden. So sahen sich die Kommunen durch die *TA Siedlungsabfall* von 1993², die die Müllverbrennung zur Entsorgung von Siedlungsabfällen verbindlich vorschrieb, vor die Aufgabe gestellt, leistungsfähige Müllverbrennungsanlagen zu schaffen. Da dies in aller Regel ihre finanzielle und operative Leistungsfähigkeit überstieg, suchten sie vielfach eine enge Kooperation, auch in der Form von PPP's, mit privaten Abfallunternehmen. (vgl. Dreyfus et al. 2010, S.153). Auf Grund der im (bundesgesetzlichen) Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz von 1996 eingeführten Unterscheidung zwischen Siedlungs- und Industriemüll fällt die Entsorgung des ersteren in die Verantwortung der Kommunen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe (Müllabfuhr, Entsorgung) in starkem Maße (zu

² TA = „Technische Anleitung zur Verwertung, Behandlung und sonstigen Entsorgung von Siedlungsabfällen“, eine am 14.5.1993 von der Bundesregierung erlassene „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Abfallgesetz“

mehr als 60 Prozent) privatwirtschaftliche Unternehmen einschalten (vgl. Libbe 2013, S. 29). Hingegen bleibt die (wegen wertvoller Sekundärrohstoffe profitable) Verwertung des Industriemülls, für dessen Entsorgung nach dem gesetzlich statuierten Verursacherprinzip die „verursachenden“ Unternehmen selbst zuständig sind, dem „freien Markt“ und den diesen dominierenden privatwirtschaftlichen Unternehmen überlassen (vgl. Dreyfus 2013).

In *Schweden*, wo die Abfallentsorgung traditionell ebenfalls eine kommunale Aufgabe ist, wird die Müllabfuhr zum größten Teil von damit beauftragten privaten Unternehmen erledigt, während in der Entsorgung und Verwertung rund 220 Abfallgesellschaften tätig sind, deren 10 größte zur Hälfte kommunale und privatwirtschaftliche Unternehmen sind (vgl. Montin 2014).

Soziale Dienstleistungen

In Verfolgung ihrer neo-liberalen Politikwende zielte die Konservative Regierung in *Großbritannien* mit ihrer 1980 beschlossenen (und 1988 erweiterten) Gesetzgebung des *Compulsory Competitive Tendering* (CCT) darauf, die Kommunen zu verpflichten, einen breiten Fächer kommunaler Aufgaben (Errichtung und Unterhaltung öffentlicher Gebäude, Straßenbau, Abfallbeseitigung, Krankenhausverpflegung usw.) öffentlich auszuschreiben und auf der Basis von Verträgen zu vergeben (*oursourcing*) (vgl. Wollmann 2008, S. 127).

Zwar verzichtete die Regierung darauf, CCT auf die persönlichen Dienstleistungen, also insbesondere Altenpflege (*adult care*) unmittelbar zu erstrecken, jedoch sind die *local authorities* dazu übergegangen, auch diese Dienstleistungen im Wettbewerb auszuschreiben (*tender*) und das Konzept des *purchaser-provider split* anzuwenden. Inzwischen wird (in eklatanter Ablösung des bisherigen Quasi-Monopols des kommunalen Personals) die Heimpflege (*residential care*) in wachsendem Umfang von *independent providers*, d.h. privatwirtschaftlich-kommerziellen oder gemeinnützigen Anbietern geleistet (für Einzelheiten vgl. Wollmann 2008, S. 128, vgl. auch Bönker/Hill/Marzanati 2010, S. 106ff.).

In *Frankreich*, wo seit der Reform von 1982 die Zuständigkeit für die sozialen Dienste von den Kommunen auf die *départements* (als staatliche Handlungsebene) übertragen worden ist, sind diese vermehrt dazu übergegangen, gemeinnützige (*à but non lucratif*) Organisationen (*associations*) zu beauftragen, die einen regelrechten Boom erlebt haben (vgl. Archambault 1996, S. 203, Wollmann 2008, S. 139 m.w.N., Kuhlmann 2009, S. 156). Insbesondere die in

der Alten- und Behindertenhilfe tätigen gemeinnützigen Organisationen bilden inzwischen ein Gewebe von Einrichtungen (*tissu associatif*, vgl. Wollmann 2008, S. 139 mit Nachweisen).

In *Deutschland* wurde das „pfadabhängig“ etablierte Privileg der Wohlfahrtsverbände durch das Pflegeversicherungsgesetz von 1994 beseitigt, indem dieses den Pflegemarkt für alle Anbieter, seien sie gemeinnützig oder privatwirtschaftlich-kommerziell, öffnete (vgl. Wollmann 2008, S. 145, Bönker/Hill/Marzanati 2010, S. 100ff.). Dadurch, dass unter der Geltung des Pflegeversicherungsgesetzes die aus den Versicherungsbeiträgen gespeisten Pflegekassen Dreh- und Angelpunkt der Finanzierung der Pflegeleistungen bilden, sind die Kommunen operativ an den Rand der Alten- und Behindertenpflege gerückt und sind die Pflegeleistungen mithin sozusagen „ent-kommunalisiert“, „ent-örtlich“ und ihrer traditionellen Einbettung in kommunale Entscheidung und Verantwortung entkleidet worden (vgl. Evers/Sachße 2003, S. 73, Bönker/Libbe/Wollmann 2014, für Einzelheiten vgl. Wollmann 2008, S. 145).

Auch in *Schweden* haben sich die Kommunen im Feld der sozialen Dienstleistungen der Marktliberalisierung verschrieben (vgl. Wollmann 2008, S. 133 m.w.N.) und die begriffliche, funktionale und institutionelle Unterscheidung zwischen der Nachfrage (*purchasing*, schwedisch: *beställar, uppdrag*) und der Erbringung (*providing*, schwedisch *utförar, produktion*) übernommen (vgl. Montin 1993). In der (internen) Organisation der Kommunalverwaltung hat das Konzept des *purchaser provider split* darin seinen Niederschlag gefunden, dass (auch und gerade in der Altenhilfe) einerseits Bestellausschüsse und andererseits Ausführungsämter gebildet werden.

Überdies sind sie verwaltungsextern dazu übergegangen, für die Erbringung der sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Altenpflege, auch private oder gemeinnützige Anbieter zu beauftragen. Auch wenn bislang der Löwenanteil der sozialen Dienste nach wie vor von kommunalem Personal, teilweise in der Form ausgelagerter (*outsourced*) Verwaltungseinheiten, erbracht wird, ist der Anteil gemeinnütziger und privatwirtschaft-kommerzieller Anbieter ständig gewachsen. Unter den letzteren dominieren zunehmend vier (zum Teil auch international operierender) Dienstleistungsunternehmen (*Attendo Care, Carema Care, Aleris* und *United Care*) (vgl. Montin 2014, S. 14).

6. Jüngste („post-neo-liberale“) Phase

In den letzten Jahren sind in den hier diskutierten Ländern und Sektoren unterschiedlich ausgeprägte Ansätze eines *comeback* der Kommunen und ihrer Unternehmen in der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu erkennen. Für eine solche „Rekommunalisierung“ sprechen eine Reihe von Gründen (vgl. Wollmann 2013, S. 257ff.). Die dem neo-liberalen Leitbild und Postulat eines „schlanken“, „managerialen“ Staats und der Marktliberalisierung seiner Dienstleistungen zugrunde liegende Vorstellung und Annahme, der private Sektor sei dem öffentlichen in Effizienz und Wirtschaftlichkeit strukturell überlegen, wurde im Laufe der 2000er Jahre auf mehreren Diskurs-, Politik- und Praxisebenen erschüttert.

Zum einen hat die globale Finanzkrise, die vom Zusammenbruch der US-amerikanischen Großbank Lehman Brothers im September 2008 ausgelöst wurde, fundamentale neo-liberale Glaubenssätze in Frage gestellt. Zum andern haben die Ergebnisse von „Privatisierungen“ in deren Anwendungspraxis vielfach ernüchtert und enttäuscht. Eine wachsende Zahl nationaler wie internationaler Untersuchungen legen nahe, dass der öffentliche/kommunale Sektor in der effizienten Erbringung öffentlicher Dienstleistungen dem privaten Sektor ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen ist (zum internationalen Forschungsstand vgl. Mühlenkamp 2012, 2013).

Hierbei haben insbesondere die Kommunen die Vorzüge einer „Eigenproduktion“ erkannt, die nicht zuletzt in der Möglichkeit liegen, in profitablen Handlungsfeldern (Energie, Wasser, Müllverwertung usw.) Gewinne zu erzielen, mit diesen defizitäre Bereiche (wie öffentlicher Nahverkehr) „querzusubventionieren“ (vgl. Lenk u.a. 2011) und insgesamt (soziale, ökologische usw.) Ziele einzulösen, die dem „allgemeinen Interesse“ und den konkreten Bedürfnissen der „örtlichen Gemeinschaft“ dienen (vgl. Bauer 2012, S. 28). Allerdings setzt dies voraus, dass es den Kommunen und ihren Unternehmen gelingt, sich organisatorisch (auch durch interkommunale Zusammenarbeit) und personell hinreichend zu verstärken, um sich in der Konkurrenz mit privatwirtschaftlichen Unternehmen zu behaupten,

Überdies wurde die Wiederentdeckung der eigenen kommunalen Leistungsfähigkeit von einem politikulturellen Wertewandel angestoßen und getragen, in dem, wie Umfragen zeigen

(vgl. Müller 2009³), der öffentliche, zumal kommunale Sektor als Dienstleister dem privaten Sektor vorgezogen wird und der (zum Beispiel in Deutschland) in einer wachsenden Zahl von lokalen Referenden Ausdruck findet, in denen die Privatisierung von Stadtwerken mehrheitlich entweder abgelehnt oder rückgängig gemacht wird (vgl. Kuhlmann/Wollmann 2013, S. 194ff m.w.N.).

Ferner ist die Verbindlichkeit der von der EU verfolgten Marktliberalisierung für die „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ auch und gerade für die Kommunen dadurch gelockert worden, dass im Zusammenhang mit dem Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2009⁴ ein „weiter Ermessensspielraum (sic! HW) der nationalen, regionalen und lokalen [sic! HW] Handlungsebenen“ in der Entscheidung darüber eröffnet worden ist, „wie die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse auf eine den Bedürfnissen der Nutzer so gut wie möglich entsprechende Weise zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu organisieren“ seien (vgl. Wollmann 2013, S. 262, Ahbe 2009).

Allerdings stehen einem *comeback* des kommunalen Sektors eine Reihe von Hürden im Wege.

Zum einen liegt ein ernsthaftes Hemmnis in dem Umstand begründet, dass die Kommunen in der Vergangenheit—als Folge der funktionalen Privatisierung (also der Übertragung, *outsourcing*, *délégation*) oder der materiellen Privatisierung (also des partiellen oder vollständigen Verkaufs des kommunalen Unternehmens) die für die Wahrnehmung der entsprechenden Funktionen erforderlichen organisatorischen und personellen Ressourcen aufgegeben haben und diese erst wieder schaffen müssten, um die Wiederaufnahme der Aufgabe zu meistern (hierzu am Beispiel von Frankreichs Wassersektor vgl. Bordonneau u.a. 2010, S. 136)

Zum andern sehen sich die Kommunen in der Regel erheblichen finanziellen Forderungen der bisherigen privatwirtschaftlichen Gesellschaften—zur Abgeltung und Entschädigung der von diesen gemachten Investitionen usw. gegenüber.

Beim Versuch, nach Auslaufen des Konzessionsvertrags die Dienstleistung wieder in eigene Regie und Verantwortung zu nehmen, sehen sich die Kommunen überdies vielfach gezwungen, in konfliktreiche und langwierige Auseinandersetzungen mit dem bisherigen

³ Auf der Basis einer repräsentativen Umfrage, die dimap 2008 (im Auftrag des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen) unter der deutschen Bevölkerung durchführte. Danach meinen 59 % der Befragten, die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser sowie die Abfallentsorgung sollte eher durch öffentliche Unternehmen erfolgen, 20% glauben, dass dies eher durch private Unternehmen geschehen solle. 16% ist das gleichgültig (vgl. Müller 2009, S. 5).

⁴ <http://www.politische-union.de/euv/euv-p1f.htm>

Betreibergesellschaften zu treten, die sich einer Nichtverlängerung des Konzessionsvertrags lebhaft widersetzen. In diesen Konflikten haben die Kommunen auch verhandlungstaktisch und -strategisch insofern schlechte Karten, als sie es oft mit international operierenden Großunternehmen und deren regionalen Tochterunternehmen zu tun haben, die vermöge ihrer finanziellen Ressourcen und international erfahrenen Spezialisten den Kommunen und deren Personal weit überlegen sind (vgl. Kuhlmann 2009, S. 154), zumal im Umgang mit einem vielfach „schwer durchschaubaren Vertragsgeflecht“ (Bauer 2012, S. 14). Hierbei gelingt es den betreffenden Unternehmen nicht selten, ihre Beschäftigten gegen die Absicht der Kommunen, die Konzession nicht zu verlängern, zu mobilisieren (vgl. Hall u.a. 2012).

*Energiesektor*⁵

Im Energiesektor liefert *Deutschland* unter den hier diskutierten Ländern das auffälligste Beispiel für Rekommunalisierung. Zeichnete sich im Lauf der 1990er Jahre – unter dem Wettbewerbsdruck der in die lokalen Märkte drängenden „großen Vier“ Energiegiganten – das Menetekel eines „Stadtwerkesterbens“ ab, so erlebten die Städte und ihre Stadtwerke inzwischen auch und gerade im Energiesektor ein bemerkenswertes *comeback*. Haben die kommunalen Unternehmen doch inzwischen gelernt, sich im Wettbewerb am Energiemarkt vor allem dadurch erfolgreich zu behaupten, dass sie unternehmerische Fähigkeiten erworben und ihre operative und finanzielle Basis, nicht zuletzt durch interkommunale Kooperation, verstärkt haben. Zudem wurden die Erfahrungen, die die Kommunen und ihre Stadtwerke in der Anwendung energiesparender (Kraft-Wärme-Kopplung) Technologien und erneuerbarer Energiegewinnung traditionell besitzen, umso attraktiver, ein je stärkeres Gewicht alternativer Energiepolitik auf der Ebene von Bund und EU beigemessen wurde (vgl. Bolay 2009). Die steigende Tendenz und Fähigkeit der Kommunen, die lokale Energieversorgung zu kommunalisieren bzw. zu re-kommunalisieren, ist an der wachsenden Zahl von neugegründeten Stadtwerken abzulesen (bis 2010 rund 40 Neugründungen; vgl. Liste bei Libbe 2012, VKU 2010). Das jüngste Beispiel ist die Gründung eines (operativ freilich erheblich eingeschränkten)⁶ Stadtwerks in Berlin.

In *Großbritannien* haben die Kommunen, die energiepolitisch bislang auf eher randständige Aufgaben wie Fernwärme (*district heating*) beschränkt waren (vgl. Wollmann/Baldersheim

⁵ Für weitere Details vgl. Wollmann 2013, S. 248ff.

u.a. 2010, S. 175), in den letzten Jahren ihr energiepolitisches Engagement merklich verstärkt. Anstoß hierzu gab die im Mai 2010 gebildete konservativ-liberale Koalitionsregierung, die die Kommunen nunmehr ausdrücklich dazu aufforderte, eigene energiepolitische Aktivitäten zu entfalten. In einem offiziellen Rundschreiben, das der zuständige Minister im August 2008 an die Kommunen schickte, wurde unter anderem gesagt, dass „far too long, Whitehall’s dogmatic reliance on ‘big’ energy has stood in the way of the vast potential role of local authorities in the UK’s green energy revolution”⁷. Inzwischen haben eine Reihe von *local authorities* einschlägige kommunale Projekte angestoßen, insbesondere in der Verbindung von Kraftwärme-Kopplung und Fernwärme (CHP and *district heating*).

Auch in *Frankreich* haben seit den 1990er Jahren die (230) kommunalen Energieunternehmen, die 1946 von der Verstaatlichung ausgenommen worden waren und gegenüber der marktbeherrschenden EdF bislang eine eher marginale Rolle spielten, ihren energiepolitischen Handlungsradius durch verstärkte Nutzung von Wasserfällen, Windenergie und Kraft-Wärme-Kopplung zu erweitern begonnen (vgl. Wollmann/Baldersheim u.a. 2010, S. 181, vgl. Allemand 2007, S. 40).

In *Schweden* bleibt es bei dem bisherigen Nebeneinander der drei großen Stromkonzerne (von ihnen zwei staatlichen) und kommunalen Betriebe.

*Wassersektor*⁸

In *Frankreich* ist in den späten 1990er Jahren eine Remunizipalisierung der Wasserversorgung dadurch in Gang gekommen, dass in einigen Städten (insbesondere von neuen „linken“ Mehrheiten in Kommunalvertretungen) beschlossen wurde, die von den vorhergehenden „rechten“ Mehrheiten durchgesetzte *gestion déléguée* zu beenden. Die in Grenoble und Paris (1989 bzw. 2000) getroffenen kommunalpolitischen Entscheidungen sind hierfür medial stark beachtete Beispiele.

⁶ Vgl. Der Tagesspiegel vom 2.6.2014, Berliner Stadtwerk darf keinen Strom verkaufen, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/energiepolitik-in-berlin-berliner-stadtwerk-darf-keinen-strom-verkaufen/9981862.html>

⁷ <http://www.decc.gov.uk/publications/basket.aspx?FilePath=News%2f376-unlocking-local-power-huhne-letter.pdf&filetype=4#basket>.

⁸ Für weitere Details vgl. Wollmann 2013, S. 252ff.

Ähnlich ist in Deutschland im deutschen Wassersektor der Trend zu beobachten, die Tendenz geltend, dass Städte (teilweise unter dem Druck lokaler Referenden) ihre in der Vergangenheit an privatwirtschaftliche Investoren verkauften Anteile an den Wasserwerken zurückerwerben. (Für Beispiele vgl. Libbe 2013, Bauer 2012, Wollmann 2013, S. 254; 2014, S. 64ff., Kuhlmann/Wollmann 2013, S. 198)

Abfallsektor

In *Deutschland* mehren sich die Beispiele, dass Kommunen ihre Abfallentsorgung wieder in die eigenen Hände nehmen (vgl. Verbücheln 2009, Libbe 2013, S. 29 m.w.N.). Neben dem Bestreben, die Tarife niedrig zu halten, spielt hierbei auch der Wunsch der Kommunen eine Rolle, an der wegen der Rohstoffpreise zunehmend lukrativen Verwertung von Sekundärrohstoffen teilzuhaben.

Auch in *Frankreich* ist das Bestreben von Kommunen zu beobachten, nach Auslaufen der entsprechenden Verträge die Abfallentsorgung wieder in eigene Regie zu übernehmen.

In *Schweden* schlug unlängst eine Regierungskommission vor, dass die Kommunen ihren Anteil am Recycling von Papier usw. vergrößern sollten, stieß hierbei freilich auf den Widerstand der schwedischen Wettbewerbsbehörde (*konkurrensverket*), die eine Monopolbildung befürchtet (vgl. Montin 2014). Die Frage blieb bislang unentschieden.

Sozialen Dienstleistungen

Ein völlig anderer empirischer Befund ist bei den sozialen Dienstleistungen festzustellen. Nachdem die in diesem Feld in den einzelnen Ländern historisch entstandenen je unterschiedlichen Organisationsmuster (weitgehender Ausschluss nicht-öffentlicher Anbieter in Frankreich, Schweden und Großbritannien. bzw. Vorrang nicht-öffentlicher gemeinnütziger Anbieter in Deutschland) bis in die 1970er Jahre eine hohe („pfadabhängige“) Kontinuität und Persistenz zeigten, wurden sie seit den 1980er Jahren in den hier diskutierten Ländern im Sog des auf Marktliberalisierung fokussierten (neo-liberalen) Modernisierungsdiskurses und aufgrund der hiervon inspirierten nationalen Gesetzgebungen (z.B. *Compulsory Competitive Tendering* in den 1980er Jahren in Großbritannien, Pflegeversicherungsgesetz von 1995 in Deutschland) in bemerkenswerter Gleichläufigkeit (Konvergenz) von der Dynamik einer

Vermarktwirtschaftlichung, Kontraktualisierung und Pluralisierung ergriffen, die gesellschaftlich-gemeinnützige ebenso wie privatwirtschaftlich-kommerzielle Anbieter umfasst. Die Kommunen scheinen nachhaltig bereit und interessiert, das *Outsourcing* der sozialen Dienstleistungen zu verstärken.

Zwar wird beispielsweise in Schweden angesichts der Kritik, die an einzelnen Missständen in von privaten Anbietern betriebenen Pflegeheimen aufgekommen ist, vereinzelt die Frage und Forderung diskutiert, solche Heime—nach Auslaufen der entsprechenden Verträge—wieder in kommunale Hände zu nehmen. Jedoch kann auch insoweit nicht nennenswert von Rekommunalisierung gesprochen werden (vgl. Montin 2014). In Deutschland, wo kritisiert worden ist, dass als Folge der durch das Pflegeversicherungsgesetz von 1994 herbeigeführten Marktöffnung die Pflegeleistungen gewissermaßen „ent-kommunalisiert“ und „ent-örtlich“ worden seien (vgl. Evers/ Sachße 2003, S. 73, Wollmann 2008, S. 147), wird vorgeschlagen, den Einfluss der Kommunen und ihre Kontrolle („Monitoring“) über die Qualität der lokal erbrachten sozialen Dienstleistungen wieder zu stärken. Jedoch kann insoweit von einer „Re-kommunalisierung“ im engeren Sinne nicht gesprochen werden.

7. Résumé

7.1. Von „Government“ zu „Governance“?

Das „neo-liberale“ Leitbild von Funktion und Organisation des politisch-administrativen Systems zielte seit den 1980er Jahren darauf, die dem bisherigen („sozialdemokratischen“) *Welfare State* eigentümliche Dominanz des Öffentlichen Sektors und seiner („Max Weber’schen“) Verwaltung in der Erbringung der infrastrukturellen Leistungen abzulösen und dem Marktwettbewerb und managerialen Prinzipien zu öffnen.

Ungeachtet von Unterschieden (Divergenz) zwischen den Ländern und einzelnen Leistungsfeldern zeigt sich im Bereich der infrastrukturellen Dienstleistungen gemeinsame (konvergente) Entwicklungslinien darin, dass sich der privatwirtschaftliche Sektor, seine Akteure und Handlungsrationitäten zunehmend geltend machen—sei es im Wege (*materieller*) Privatisierung (z.B. ausgeprägt in der vollständigen Privatisierung des Energie- und Wassersektors in Großbritannien/England), in der *funktionalen* Privatisierung (durch Beauftragung, *outsourcing*, *délégation* an private Unternehmen) oder in „gemischten“

kommunal/öffentlich-privaten Unternehmen und Organisationen (*Public Private Partnerships*). Hinzu kommt die wachsende Neigung der Kommunen, ihre bislang eher verwaltungsintern (*in house*) erbrachten Leistungen in organisatorisch und finanziell „ausgelagerten“ („inkorporatisierten“) Einheiten und Betrieben zu erledigen—in Formen von „organisatorischen Privatisierungen“, die den Einstieg und die Beteiligung von privaten Investoren und Unternehmen erleichtern. In dem Maße, wie infrastrukturelle Dienstleistungen zunehmend organisatorisch „ausgelagert“ oder „privatisiert“ werden und von einer wachsenden Zahl von privatwirtschaftlichen, gemischtwirtschaftlichen (*public/ private*) und auch verselbständigten (inkorporatisierten) kommunalen Anbietern getragen werden, bilden sich Akteursnetzwerke aus, die jenseits und außerhalb des Einflusses und der Steuerung der demokratisch gewählten und kontrollierten Politik- und Verwaltungsstrukturen agieren. In der Konzeptbildung und Diktion der aktuellen politik- und verwaltungswissenschaftlichen Diskussion ausgedrückt, in der die ersteren traditionellen (eher hierarchischen) Politik- und Verwaltungsstrukturen als „*government*“ und die letzteren von eher „gleichrangigen“ Akteuren gebildeten Netzwerke als „*governance*“ bezeichnet werden (vgl. etwa Jann 2002, S. 291ff. m.w.N.), kann die hier beschriebene Entwicklung als eine Schwächung des (kommunalen) *government* und als wachsende Bestimmungsstärke der Akteursnetzwerke und der Handlungslogiken und –interessen ihrer einzelnen Akteure interpretiert werden. Wie in der *governance*-Debatte in ihrem präskriptiv-normativen Verständnis hervorgehoben wird, stellt sich damit die Frage nach der „Steuerung“ der Akteursnetzwerke als strategisches Schlüsselproblem.

Auch den sozialen Dienstleistungen (Alten-, Jugend- usw. hilfe), deren Erbringung in den hier diskutierten Ländern bis in die 1980er Jahre von „pfadabhängig“ unterschiedlichen (divergenten) Organisationsmustern geprägt waren (vorrangig kommunal bzw. staatlich in Großbritannien, Schweden und Frankreich, vorrangig gemeinnützig in Deutschland), ist seitdem übereinstimmend (konvergent), vom „neo-liberalen“ Diskurs und Imperativ der Marktliberalisierung angestoßen, zunehmend der Vorrang von privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Anbietern eigentümlich. Auch dieses Handlungsfeld ist von einer Pluralisierung der relevanten privaten, gesellschaftlich-gemeinnütziger und kommunaler Akteure gekennzeichnet, die ebenfalls als Ausbreitung von *governance*-Strukturen interpretiert werden kann.

7.2. Comeback der Kommunen und „post-neo-liberale“ Revision des „neo-liberalen“ Leitbilds?

Im Feld der infrastrukturellen Leistungen (Energie, Wasser, Abfall) hat die voranstehende Analyse (oben 6) empirisch solide Belege dafür geliefert, dass, wenn auch mit Unterschieden zwischen den Ländern und Handlungsfeldern, die Kommunen und ihre Unternehmen in den letzten Jahren dazu übergegangen sind, infrastrukturelle Dienstleistungen zu rekommunalisieren, sei es, dass sie die bislang im Wege der Beauftragung (*outsourcing*, *délégation*) „funktional privatisierte“ Dienstleistungen wieder in eigene Hände nehmen (*re-insourcing*) oder an private Unternehmen (ganz oder teilweise) veräußerte („materiell privatisierte“) kommunale Betriebe wieder zurückzuerwerben. Hierbei verfolgen die Kommunen insbesondere das Ziel, als *local government* wieder stärkeren Einfluss auf die Erbringung der infrastrukturellen Dienste (Preis, Qualität, Beschäftigungsbedingungen usw.) auszuüben. Gleichzeitig haben die kommunalen Unternehmen im Marktwettbewerb mit den privatwirtschaftlichen Konkurrenten einerseits gelernt sich von einer *ökonomischen Rationalität* leiten zu lassen. Andererseits sind sie vermöge ihrer Einbindung in den kommunalpolitischen Kontext einer *politischen Rationalität* verpflichtet, die neben den Zielen ökonomischer Effizienz darüber hinausgehende soziale, ökologische usw. Ziele einzulösen (zu dieser „hybriden“ Zielsetzung vgl. Montin 2014, Wollmann 2013, S. 260). In dem Maße, wie sich die Kommunalverwaltungen und kommunalen Unternehmen auf die Änderungen und Herausforderungen ihrer „markoliberalisierten“ kommunalen Handlungsumwelt durch interne Reorganisation und Requalifikation ihres Verwaltungs- und Unternehmenspersonals erfolgreich eingestellt haben, spricht vieles dafür, insoweit das „neo-liberale“ Leitbild, das wesentlich von der Annahme eines strukturellen Verwaltungs- und Bürokratieversagens und eines entsprechenden operativen Unvermögens gespeist wurde, zu revidieren und der veränderten „post-neo-liberalen“ Wirklichkeit anzupassen.

Ähnliches gilt für den Sektor der sozialen Dienstleistungen. Unter der Wucht des neo-liberalen Modernisierungsdiskurses, der um Marktliberalisierung, *New Public Management* und dessen Konzept des *purchaser-provider split* kreist, haben sich übereinstimmend (konvergent) Änderungen in zwei Dimensionen ergeben. Auf der einen Seite werden die sozialen Dienstleistungen von den Kommunen (als *purchaser*) von den Dienstleistern (seien sie privatwirtschaftlich-kommerzielle oder gemeinnützige Anbieter, aber auch kommunale Einheiten) als *provider* im Wege des Wettbewerbs „eingekauft“. Auf der anderen Seite

müssen sich die Kommunalverwaltungen personell und qualifikatorisch dafür wappnen, nunmehr als „Besteller“ dieser Leistungen zu agieren und diese veränderten Leistungsbeziehungen (durch die Formulierung der Leistungen, ihre Kontrolle usw, „Vertragsmanagement“) zu handhaben. Infolge dieser Verbindung und „Amalgamierung“ traditioneller und „managerialer“ Strukturen und Verfahren gewinnt die Verwaltung sozusagen „neo-Max Weber’sche“ Züge (vgl. Bouckaert 2006) und zeichnet sich die Neufassung und Anpassung eines „post-neo-liberalen“ und „post-NPM“- Leitbilds der Verwaltungsmodernisierung ab.

7.3. Rekommunalisierung – Schwingt das Pendel zurück?

Die Antwort auf diese (auch anderwärts formulierte, vgl. etwa Röber 2009, Wollmann/Marcou 2010b, Wollmann 2013, 2014a) bildhafte Frage soll hier zumindest in drei Hinsichten qualifiziert werden. Zum einen ist daran zu erinnern, dass, wie oben gezeigt wurde, von einer „Rekommunalisierung“ nur für die infrastrukturellen, nicht aber der sozialen Dienstleistungen gesprochen werden kann. Zum andern ist darauf zu verweisen, dass zwar zur Durchführung und zum Abschluss von Maßnahmen der Rekommunalisierung durchaus „robuste“ empirische Analysen und Beobachtungen, dass jedoch systematische Untersuchungen nach wie vor nicht verfügbar sind. Schließlich—last not least—ist zu bedenken, dass die hier herangezogene Auswahl von Ländern und Sektoren begrenzt ist und umfassendere Aussagen (noch) nicht erlaubt.

Literatur

- Ahbe, Martin 2009: Kommunen und kommunale Selbstverwaltung im Lichte des Reform-Vertrags von Lissabon. In: Bundesverband öffentlicher Dienstleistungen (Hg.): Renaissance der Kommunalwirtschaft?. Berlin, S. 42-53
- Allemand, Rosalyn 2007 : Les distributeurs non-nationalisés d’électricité face à l’ouverture de la concurrence, in : Annuaire 2007 des Collectivités Locales, CNRS. Paris, S. 31-42
- Ambrosius, Gerold 2012: Die Geschichte der Stadtwerke. In: Bräunig, Dietmar/ Gottschalk, Wolf (Hg.): Stadtwerke. Grundlagen, Rahmenbedingungen, Führung und Betrieb. Baden-Baden, S. 35ff.
- Archambaut, Edith 1996 : Le secteur sans but lucratif. Associations et Fondations en France. Paris
- Bauer, Hartmut 2012: Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung. In: Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Hajasch, Lydia (Hg.): Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Potsdam, S. 11–31
- Beckmann, Jens 2008: Die Entkernung des Service Public in Frankreich. In: Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/ Schmalz, Stephan (Hg.): Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Münster, S. 125-151

- Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina 2008: Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union. In: Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stephan (Hg.): Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Münster, S. 125-151
- Bolay, Sebastian. 2009: Einführung von Energiemanagement und erneuerbaren Energien. Untersuchung von Erfolgsfaktoren in deutschen Kommunen, Dissertation. Universität Potsdam
- Bönker, Frank/Hill, Michael/Marzanati, Anna 2010: Towards marketization and centralization? The changing role of local government in long-term care in England, France, Germany and Italy. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (Hg.): The Provision of public services in Europe. Cheltenham, S. 97-118
- Bönker, Frank/Libbe, Jens/Wollmann, Hellmut 2014: The provision of local public services in Germany. A long-term sectoral comparison, (unveröffentlicht) COST Paper
- Bordonneau, Marie-Agnès/ Canneva, Guillem./Orange, Gérard/Gambier, Dominique. (2010), Le changement de mode de gestion des services d'eau, in: Droit et Gestion des Collectivités Territoriales, Annuaire 2010, Editions le Moniteur. Paris, S. 131-147.
- Bouckaert, Geert 2006: Auf dem Weg zu einer Neo-Weberiansischen Verwaltung, In: Bogumil, Jörg/Jann, Werner/Nullmeier, Frank (Hg.): Politik und Verwaltung. Wiesbaden, S. 354-372
- Citroni, Giulio 2010: Neither state nor market: municipalities, corporations and municipal corporatization in water services: Germany, France and Italy compared. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (Hg.): The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market. Cheltenham, S. 191-216
- Clifton, Judith/Lanthier, Pierre./Schröter, Harm. 2011: Regulating and deregulating the public utilities 1830-2010. In: Business History, Jg. 53, H. 5, S. 659-672
- Denkwirth, Christina 2008: Der Erfolg der Global Player: Liberalisierung und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stephan (Hg.): Liberalisierung und Privatisierung in Europa, S. 64-95.
- Drews, Kathrin 2008: Großbritannien: "TINA" oder Paradigma einer gescheiterten Reorganisation?. In: Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stephan (Hg.): Liberalisierung und Privatisierung in Europa, S. 34-63
- Dreyfus, Magali/Töller, Annette/Iannello, Carlo/McEldowney, John 2010: Comparative study of a local service: waste management in France, Germany, Italy and the UK. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (Hg.): The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market. Cheltenham, S. 146-166
- Dyson, Kenneth 1980: The State Tradition in Western Europe. Oxford
- Evers, Adalbert/Sachße, Christoph 2003: Social care services for children and older people in Germany. In: Attonen, Anelli/Baldock, John/Rhodes, Martin (Hg.): The Young, the Old and the State: Social Care Systems in Five Industrial Nations. Cheltenham, S. 55 - 79
- Finger, Matthias/Allouche, Jeremy 2002: Water Privatisation. Trans-national corporations and the re-regulation of the water industry. London/New York
- Grossi, Giuseppe/Marcou, Gérard/Reichard, Christoph 2010: Comparative aspects of institutional variants for local public service provision. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard, The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market. Cheltenham, Northampton, S. 217-239.
- Grunow, Dieter 2000: Social Administration in Germany. In: Wollmann, Helmut /Schröter, Eckhard (Hg.): Comparing Public Sector Reform in Britain and Germany. Aldershot, S. 244-264
- Hall, David/Lobina, Emanuele (2001): Private to Public: International lessons of water remunicipalisation in Grenoble, France. Conference Paper AWRA Dundee, 2001.16.
- Hall, David/Lobina, Emanuele/Terhorst, P. 2012: Remunicipalization in Europe, (unveröffentlichtes Manuskript)

- Heinelt, H./Hlepas, N.-K., 2006: Typologies of Local Government Systems. In: Bäck, H./Heinelt, H./Magnier, A. (Hg.): *The European Mayor*. Wiesbaden, S. 21-42
- Heinze, Rolf G./Strünck, Christoph (2000): Social Service Delivery by Private and Voluntary Organisations in Germany. In: Wollmann, Hellmut/Schröter, Eckhard (Hg.): *Comparing Public Sector Reform in Britain and Germany*. Aldershot, S. 284 ff.
- Hesse, Joachim Jens/Sharpe L. J. 1991: Local Government in International Perspective. Some Comparative Observations. In: Hesse, Joachim/Jens (Hg.): *Local Government and Urban Affairs in International Perspective*. Baden-Baden, S. 353-386
- Jann, Werner 2002: Der Wandel verwaltungspolitischer Leitbilder: Vom Management zum Governance?. In: König, Klaus (Hg.): *Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert*. Baden-Baden, S.279-299
- Kühl, Uwe (Hg.) 2001: *Munizipalsozialismus in Europa*, Paris.
- Kuhlmann, Sabine 2014: Verwaltungspluralität in Europa: Konvergenz, Divergenz oder Peristenz?. In: König, K./Kropp, S./Kuhlmann, S./Reichard, C./Sommermann, K.P./Ziekow, J. 2014: *Grundmuster der Verwaltungskultur*. Baden-Baden, S.469-491
- Kuhlmann, Sabine 2009: *Politik- und Verwaltungsreform in Kontinentaleuropa*. Baden-Baden
- Kuhlmann, Sabine/Wollmann Hellmut 2014: *Public Administration and Administrative Reforms in Europe. An Introduction in Comparative Public Administration*. Cheltenham
- Kuhlmann, Sabine/Wollmann, Hellmut 2013: *Verwaltung und Verwaltungsreform in Europa, Einführung in vergleichende Verwaltungswissenschaft*. Wiesbaden
- Lenk, Thomas/Rottmann, Oliver/Albrecht, Romy 2011: Rekommunalisierung in der Energieversorgung. In: *Public Governance*, Jg. 7, H. 1, S. 6–11.
- Libbe, Jens 2013: Rekommunalisierung in Deutschland – eine empirische Bestandsaufnahme: In: Matecki, Claus/Schulten, Thorsten (Hg.): *Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung*. Hamburg, S. 18-36
- Libbe, Jens/Hanke, Stefanie/ Verbücheln, Marc 2011: *Rekommunalisierung. Eine Bestandsaufnahme*, Difu Papers, August 2011
- Libbe, Jens 2012: Rekommunalisierung – empirische Belege und Einordnung in den ökonomischen und rechtlichen Bezugsrahmen, *Verwaltung und Management*, Jg. 18, H. 1, S. 21–33
- Libbe, Jens 2013: Rekommunalisierung in Deutschland – Eine empirische Bestandsaufnahme. In: Matecki, Claus/Schulten, Thorsten (Hg.) 2012: *Zurück zur öffentlichen Hand? Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen*. Hamburg
- Lindemann, Hugo 1910: Probleme des Munizipalsozialismus, *Sozialistische Monatshefte*, S. 508–513
- March, James G/Olsen, Johan P. 1989: *Rediscovering institutions: The organizational basic of politics*. New York
- Millward, Robert 2005: *Public and private enterprise in Europe: Energy, telecommunication and transport 1830.1990*. Cambridge
- Montin, Stig 1993: *Swedish local government in transition*. Örebro
- Montin, Stig 2014: *Between market and hierarchy. The case of public utility and elderly care in Sweden*, unveröffentlicht, COST paper

- Mühlenkamp, Holger 2012: Zur relativen (In-)Effizienz öffentlicher (und privater) Unternehmen-Unternehmensziele, Effizienzmaßstäbe und empirische Befunde, (Deutsches Forschungsinstitut für Verwaltung Speyer) Internet: <http://www.hfv-speyer.de/muehlenkamp/Publikationen/Zur%20relativen%20%28In-%29Effizienz%20%C3%B6ffentlicher%20%28und%20privater%29%20Unternehmen.pdf> [zuletzt aufgesucht am 12.08.2014]
- Mühlenkamp, Holger 2013: From State to Market Revisited. Empirical Evidence on the Efficiency of Public (and Privately-owned) Enterprises. Internet: <http://mpra.ub.uni-muenchen.de/47570/> [zuletzt aufgesucht am 12.08.2014]
- Müller, Herbert 2009: Europa communal. Präsentation neuer Umfrageergebnisse zur Einstellung der Bevölkerung zur kommunalen Wirtschaft. In: Bundesverband öffentlicher Dienstleistungen (Hg.): Renaissance der Kommunalwirtschaft?. Berlin, S. 5-11
- Norton, Alan 1994: International Handbook of Local and Regional Government. Aldershot
- Peters, B.G. 1999: Institutional Theory in Political Science. The „New Institutionalism“. London/New York
- Pierson, P. 2004: Politics in Time. History, Institutions, and Social Analysis, Princeton/Oxford
- Rein, Martin/Schön, Donald.A. 1993: Reframing Policy Discourse. In: Fischer, F/Forester, J. (Hg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. Durham, S. 145-166
- Röber, Manfred 2009: Privatisierung ade? Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen im Lichte des Public Managements, Verwaltung und Management, Jg. 15, H. 5, S. 227–240
- Röber, Manfred 2012: Rekommunalisierung lokaler Ver- und Entsorgung. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven. In: Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Hajasch, Lydia (Hg.): Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Potsdam, S. 81–98
- Schäfer, Roland 2008: Privat vor Staat hat ausgedient. Rekommunalisierung: Modetrend oder neues Politikphänomen?, Öffentliche Finanzen, Sonderbeilage, 19.6.2008, S. 3
- Scharpf, Fritz. W. 2000: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen
- Schmidt, Vivien A. 2008: Discursive Institutionalism. The Explanatory Power of Ideas and Discourse. In: Annual Review of Political Science, Jg. 11, H. 1, S. 303-326
- Schröter, Eckard 2001: Staats-und Verwaltungsreformen in Europa. Internationale Trends und nationale Profile. In: Schröter, Eckard (Hg.): Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Opladen, S. 415-446
- Seckelmann, Margit 2008: Die historische Entwicklung kommunaler Aufgaben, Der moderne Staat, Jg. 1, S. 267–284
- Stewart, John 2000: The Nature of British Local Government. Houndmills
- Verbücheln, Marc 2009: Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft. Berlin (Difu-Paper)
- VKU 2010: Kompakt 2010, Kommunale Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen in Zahlen, 29.07.2013. Internet: <http://www.vku.de/presse/publikationen/kompakt-2010.html> [zuletzt aufgesucht am 12.08.2014]
- Von Saldern, Adelheid 1999: Rückblicke. Zur Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. In: Wollmann, H./Roth R. (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Wiesbaden, S. 23–36

- Wessel, Horst. A. 1995: Die Versorgung von Kommunen mit Wasser, Gas und elektrischer Energie von etwa 1850 bis 1914. In: Wysocki, J. (Hg.): Kommunalisierung im Spannungsfeld von Regulierung und Deregulierung im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin, S. 49–89
- Wijksström, Filip 2000: Changing Focus or Changing Role? The Swedish Non-Profit Sector in the 1990s. In: German Policy Studies, Jg. 1, H. 2, S. 161-188
- Wittrock, Björn/Wagner, Peter/Wollmann, Hellmut 1991: Social science and modern states. In: Wagner, Peter/Weiss, Carol/Wittrock, Björn/Wollmann, Hellmut (Hg.): Social Sciences and Modern States. Cambridge, S. 28 ff.
- Wollmann, Hellmut 1996: Verwaltungsmodernisierung. Ausgangsbedingungen, Reformanläufe und aktuelle Modernisierungsdiskurse. In: Reichard, Christoph/Wollmann, Hellmut (Hg.): Kommunalverwaltung im Modernisierungsschub?. Basel, S. 21 ff.
- Wollmann, Hellmut 2000: Comparing institutional development in Britain and Germany: (Persistent) Divergence or (progressing) convergence?. In: Wollmann, Hellmut/Schröter, Eckhard (Hg.): Comparing Public Sector Reform in Britain and Germany. Aldershot, S. 1ff.
- Wollmann, Hellmut 2002: Die traditionelle deutsche kommunale Selbstverwaltung – ein Auslaufmodell?, Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Jg. 2, H. 1, S. 24–51
- Wollmann, Hellmut 2008: Reformen in Kommunalpolitik und -verwaltung England, Schweden, Frankreich und Deutschland im Vergleich. Wiesbaden
- Wollmann, Hellmut 2013: Öffentliche Dienstleistungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor: „Comeback“ der Kommunen?. In: Kronauer, Martin/ Siebel, Walter (Hg.): Polariserte Städte. Frankfurt (Main), S. 242-271
- Wollmann, Hellmut 2014a: Public Services in European Countries. Between Public/Municipal and Private Sector Provision – and Reverse?. In: Silva, Carlos Nunes/Bucek, Jan (Hg.): Fiscal Austerity and Innovation in Local Governance in Europe. Farnham, S. 49-76
- Wollmann, Hellmut 2014b: Schwedische Verwaltung im skandinavischen Kontext: Zwischen Beharrung und Wandel. In: König, K./Kropp, S./Kuhlmann, S./Reichard, C./Sommermann, K.P./Ziekow, J. (Hg.): Grundmuster der Verwaltungskultur. Baden-Baden, S.537-558
- Wollmann, Hellmut/Baldersheim, Harald/Citroni, Giulio/Marcou, Gérard/McEldowney, John 2010: From public service to commodity: the demunicipalization (or remunicipalization?) of energy provision in Germany, Italy, France, the UK and Norway. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (Hg.): The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market. Cheltenham, S.168–190
- Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard 2010b: From public sector – based to privatized service provision. Is the pendulum swinging back again? Comparative summary. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (Hg.): The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market. Cheltenham, S. 240–260
- Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (Hg.) 2010a: The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market. Cheltenham
- Wollmann, Hellmut/Balboni, Enzo 2010: The multi-level institutional setting in Germany, Italy, France and the UK in comparative overview. In: Wollmann, Hellmut/Marcou, Gérard (Hg.): The Provision of public services in Europe. Cheltenham, S. 14-48
- Zimmer, Annette 2014: Verwaltungen mit der Zivilgesellschaft. Tradition und Wandel. In: König, K./Kropp, S./Kuhlmann, S./Reichard, C./Sommermann, K.P./Ziekow, J. (Hg) Grundmuster der Verwaltungskultur. Baden-Baden, S.333-358